REDE ZUM STAUDENHOF SVV 3.5.2023

Sehr geehrte Stadtverordnete, Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,...
Mein Name ist .... , ich spreche hier stellvertretend für die Seebrücke Potsdam. Als Teil einer bundesweiten Bewegung setzen wir uns dafür ein, dass geflüchtete Menschen gut in Sicheren Häfen aufgenommen werden. Potsdam als koordinierende Stadt des Bündnisses „Städte Sicherer Häfen" sollte dabei eine Vorbildrolle einnehmen.
Wir beobachten gute, wenn auch langsame Entwicklungen in der Stadt. Mit der neuen Leitung der Ausländerbehörde werden z.B. endlich mehr Ermessensspielräume für als gegen die Betroffenen genutzt. Der Abriss des Staudenhofs andererseits ist eine Rückwärtsrolle in Bezug auf menschenwürdige Unterbringung Geflüchteter.
Der Staudenhof ist ein gelungenes Beispiel für genau das, was die Stadtverwaltung sich vor drei Jahren vorgenommen hat: Wohnungen, die nicht mit haushaltsfremden Personen geteilt werden müssen und nicht segregiert sind von den Wohnungen der restlichen Stadtbevölkerung.

Der Staudenhof ist ein Haus für alle Menschen, die Anspruch auf soziales Wohnen haben. Seit zehn Jahren gibt es im Staudenhof u.a. Wohnungen für Geflüchtete. Die dort arbeitenden Sozialarbeiter*innen sind - anders als in Heimen - nicht auch die Leitung des Hauses und haben also keine exekutiven Befugnisse. Zusammenarbeit ist somit auf Augenhöhe möglich, die Atmosphäre demokratischer als in Heimen.
Das Quartiertstreff im Staudenhof ist ein kostenfreier Begegnungsraum, der kulturelle und interaktive Angebote für Menschen jeden Alters und jeder Herkunft bietet. Wie die Betreiberin sagt "erleichtert das Leben im Wohnungsverband Staudenhof die Integration". Von 2018 bis 2021 gab es dort über 1600 Veranstaltungen mit über 25.000 Teilnehmenden. Dazu tragen vielfältige Kooperationen wie mit Babelsberg 03 und dem Bildungsforum bei. Den Bewohner*innen wurde so ein gewaltiger Integrations-Schub zuteil, insbesondere bei Lern-Leistungen von schulpflichtigen Kindern und Arbeitsvermittlung von Erwachsenen.

Wo sonst kann die Stadt Potsdam mit so einem Juwel gut konzeptionierter/funktionierender Integration aufwarten?!
Wir erinnern uns: im Juni 2020 beschließt die Stadt Potsdam, dass Geflüchtete in wohnungsähnlichen Unterkünften untergebracht werden sollen - was in der Konsequenz die Auflösung der sogenannten Gemeinschaftsunterkünfte bedeutet. Der Beschluss machte uns, sowie vielen betroffenen Menschen Hoffnung auf menschenwürdiges Wohnen und war ein wichtiger Schritt hinzu einer integrationsfördernden Wohnpolitik. Auch wenn die Wohnraumsituation in Potsdam durchaus angespannt ist, sollte nicht vergessen werden, weshalb es so wichtig ist, an diesem Beschluss festzuhalten und ihn endlich aktiv und zeitnah umzusetzen. Die Bewohner*innen der sogenannten Gemeinschaftsunterkünfte sind großer psychosozialer Belastung ausgesetzt. Sie leben auf engem Raum mit sehr wenig Privatsphäre. Die Abgrenzung zu anderen Familien und Einzelpersonen gestalten sich

schwer. Eine Unterbringung bedeutet häufig, dass eine sechsköpfige Familie in drei Zimmern lebt und sowohl Küche als auch Waschräume auf dem Flur mit mehreren anderen Familien und Einzelpersonen geteilt werden müssen.
Mit dem geplanten Abriss des Staudenhofs untergräbt die Stadt Potsdam ihre eigenen Beschlüsse und ihr Integrationskonzept. In der Konsequenz werden weitere Menschen mit geringem Einkommen und teilweise mit Fluchtgeschichte in die sozialen Brennpunkte am Stadtrand vertrieben. Geflüchtete Menschen dürfen nicht aus der Mitte der Gesellschaft ausgeschlossen werden, indem sie separiert am Stadtrand oder in Industriegebieten leben müssen. Gerade Familien mit Kindern wird dadurch der Zugang zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erschwert. Wir können und wollen nicht akzeptieren,dass die Stadt Potsdam als sicherer Hafen geflüchtete und andere sozial benachteiligte Menschen aus ihrer Stadtmitte verdrängt!
Wir als Seebrücke befürworten das Sonderbauprogramm für soziale Wohnungen,auch gerade den Neubau von Wohnungen für geflüchtete Menschen. Doch dieser darf sich nicht nur auf die Außenbezirke reduzieren. Wir fordern eine Selbstverpflichtung der SVV, zukünftig integriertes und dezentrales Wohnen auch in der Innenstadt zu fördern.

Es ist offensichtlicher Irrsinn, bestehenden Wohnraum abzureißen, ohne dass neuer bezahlbaren Wohnraum vorhanden ist. Sammelunterkünfte wie das geplante Containerdorf am Campus Jungfernsee für 500 Menschen lehnen wir entschieden ab. Auch die Unterbringung im Haus 2 der Stadtverwaltung für 100 Menschen lehnen wir ab. Denn von Wohnungen kann hier keine Rede sein. In der Stadtverwaltung sollen die Menschen nicht mal eine Möglichkeit zum Kochen haben, die Versorgung wird von einem Caterer übernommen.

Die ProPotsdam schätzt die Sanierung des Staudenhofs auf 6 Mio. Euro, danach wäre das Haus wieder nutzbar und das für 10 bis zu 15 Jahre. Das menschenunwürdige Containerdorf soll gerade mal für vier Jahre Wohnraum bieten, verschlingt aber 20 Mio. Euro. Der Staudenhof muss so lange stehen bleiben, bis genügend sozialer Wohnraum geschaffen ist. Selbst für 3 Jahre ist eine Sanierung günstiger als jede Notlösung.

Die Seebrücke Potsdam unterstützt den Antrag auf ein mindestens 3-jähriges Abrissmoratorium des Staudenhofs, da die 182 Wohnungen im Staudenhof dringend für eine würdige Unterbringung geflüchteter Menschen benötigt werden.
Erhalten Sie bestehenden und schaffen Sie neuen sozialen, integrierten Wohnraum! Erhalten und sanieren Sie den Staudenhof! Schaffen Sie die sogenannten „Gemeinschaftsunterkünfte“ endlich ab!

Schaffen Sie eine lebendige Innenstadt und zwar für alle!